

Nur kein zweiter Genfer Mißerfolg!

6. April 1926

Der deutsche Botschafter von Hoesch hatte am Freitag eine längere Unterredung mit Briand. Die Unterredung bezog sich auf die politische Gesamtlage unter Beratung der Deutschland besonders interessierenden Fragen, wie z. B. den Stand der Luftschiffahrtverhandlungen und die französisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen.

Wie der „Matin“ mitteilt, hat Briand nicht nur mit dem deutschen Botschafter, sondern auch mit dem englischen Botschafter Lord Crewe über die Studienkommission verhandelt. Das Blatt glaubt zu wissen, daß der deutsche Botschafter erklärt habe, Dr. Sirejmann wünsche genaue Angaben über die Zusammenfassung der Kommission zur Ratserweiterung und über die Stellung der deutschen Mitglieder, die an den Arbeiten der Kommission teilnehmen werden. Deutschland wolle ferner wissen, welche Haltung Frankreich und England zur Kandidatur Spaniens und Brasiliens für einen Ratssitz einnehmen. Ueber diese Frage haben sich, wie das Blatt mitteilt, Briand und Lord Crewe eingehend unterhalten. Die zwischen dem deutschen Botschafter und Briand eröffneten Verhandlungen werden während der Osterfeiertage unterbrochen, jedoch gleich nach dem Fest wieder aufgenommen.

Was Deutschland verlangt.

Das Wiederaufleben der diplomatischen Verhandlungen zwischen Deutschland, Frankreich und England wird im Zusammenhang mit dem Mißerfolg von Genf heute morgen von einem Teil der Pariser Presse eingehend kommentiert. — „Gaulois“ glaubt zu wissen,

Mussolinis Absichten auf Deutsch-Ost-Afrika.

6. April 1926

Die Anstrengungen der italienischen Diplomatie für Italien ein Kolonialmandat des Völkerbundes auf frühere deutsche Kolonien, insbesondere auf Deutsch-Ost-Afrika zu gewinnen, werden vom Berliner Auswärtigen Amt mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Deutscherseits würde man es als eine schwere Brüstierung empfinden, wenn die italienischen Ansprüche auf Kolonialmandate zu irgendwelchen Verhandlungen der Völkerbundmächte vor dem Eintritt Deutschlands führen würden. Die Pariser Meldungen, wonach England die Wünsche Mussolinis schon jetzt durch eine bestimmte Zusage beizugehen wolle, sind nach den in Berlin vorliegenden Mitteilungen völlig aus der Luft gegriffen. Die Frage der Kolonialmandate dürfte in absehbarer Zeit weder zwischen Deutschland, noch zwischen irgendeiner Mächtegruppe des Völkerbundes zur Erörterung gelangen.

Keine Versprechungen an Deutschland.

Auch von London wird in Abrede gestellt, daß englisch-italienische Verhandlungen über die Kolonien stattgefunden haben. Ebenso wenig stichhaltig sei die Annahme, daß Deutschland irgend ein Versprechen wegen der Zuteilung irgend eines besonderen Mandatsgebiets gemacht worden sei. Als diese Frage bei den Verhandlungen von Locarno angeknüpft worden sei, sei den deutschen Delegierten klar zu verstehen gegeben worden, daß Deutschland so bald es Mitglied des Völkerbunds sei, natürlich wie alle anderen Völkerbundmitglieder das Recht bekomme, einen Antrag zu stellen, ein frei werdendes oder neues Mandat zugeteilt zu erhalten. Es sei aber niemals die Rede von einer sofortigen Mandatszuteilung gewesen. Das müsse jetzt klar zum Ausdruck gebracht werden, um keine Mißverständnisse in Genf im September zu vermeiden.

Die französischen Friedensverhandlungen mit Abd el Krim.

6. April 1926.

Das allgemeine Interesse konzentriert sich auf die Friedensverhandlungen zwischen Abd el Krim und der französischen Regierung. Von offizieller Seite wird in Abrede gestellt, daß formelle Friedensverhandlungen im Gange seien. Vorläufig sei es zwischen den französischen Beauftragten und den Abgesandten Abd el Krims zu einer bloßen Fühlungsnahme gekommen. Die Schwierigkeit dieser einleitenden Besprechung liege im Fernhalten der spanischen Regierung an den Vorverhandlungen. Trotz des Geheimnisses mit dem die Konferenzen und Besprechungen, die am Quai d'Orsay und in Rabat parallel stattfinden, umgeben werden, ist ersichtlich, daß die französische Regierung für einen baldigen Friedensschluß das größte Interesse an den Tag legt. Ein Teil der Reichspressen sieht sich veranlaßt, gegen die offensichtliche Eilefertigkeit des Quai d'Orsay Protest einzulegen. Das Journal de Debats weist darauf hin, daß die französische Regierung keinerlei Verhandlungen mit Abd el Krim ablehnte mit der Begründung, daß der Führer spanischer Untertan sei und daß Verhandlungen mit ihm einen Verstoß gegen die Souveränität Spaniens bedeuten würden. Das Blatt bedauert, daß die Regierung jetzt diesen Richtlinien untreu werde und es sogar so weit kommen lasse, durch den Eintritt in Verhandlungen das Prestige Abd el Krims gegen dessen innere Gegner zu stärken.

Aus Madrid wird gemeldet: Die offizielle Zeitung Noticiero veröffentlicht Betrachtungen über die durch die Friedensbereitschaft Abd el Krims geschaffene Lage. Es wird darauf hingewiesen, daß die französische und die spanische Auffassung eigentlich nur über den Zeitpunkt und die Art des Vorgehens bei den Friedensverhandlungen auseinandergingen. Da aber beide Regierungen das gleiche Ziel verfolgten, werde eine Einigung sicher möglich werden.

Briand werde im Laufe der Woche die Besprechungen mit London und Berlin wieder aufnehmen, um die verhängnisvollen Folgen des Mißerfolges von Genf zu beseitigen, der die ganze Locarnopolitik in Frage stelle. Es scheint, daß Deutschland nur wenig geneigt sei, sein Aufnahmegeruch zur nächsten Sitzung zu erneuern. Deutschland wolle bereits im Voraus über die möglichen Reformen unterrichtet werden, die man im Völkerbundsrat vornehmen wolle. Ebenso über die Haltung Frankreichs und Englands zu den Kandidaturen Spaniens und Brasiliens. Falls die Reform und die Frage der Kandidaturen nicht die von der deutschen Regierung gewünschte Erledigung finde, so werde sich

Deutschland volle Freiheit vorbehalten, sein Aufnahmegeruch zurückzuziehen.

Diese Haltung der deutschen Regierung sei durch innere und äußere Vorgänge bedingt. Es sei Tatsache, daß in der letzten Zeit eine starke Propaganda in Süd- und Nord-Amerika und in gewissen europäischen Staaten getrieben worden sei, die sich gegen den Völkerbund richtete. — „Avenir“ glaubt, die letzte Begegnung zwischen Hoesch und Briand müsse auf deutscher Seite gewisse Hoffnungen erregen. Briand habe erklärt, die deutschen Vertreter in der Verfassungskommission des Völkerbunds müßten ebenso wie die Vertreter der übrigen Staaten behandelt werden. Berlin wolle diesmal absolut Herr der Lage sein und bereits im Voraus den weitläufigen Mächten die Hände binden. Daher verlange es vor einer prinzipiellen Antwort offizielle Aufklärungen. Berlin verlange auch, daß außer der Frage der Erweiterung auch die Frage der Einstimmigkeit geprüft werden soll.

Wie Polen Völkerbundsbeschlüsse achtet.

6. April 1926

Der Generalsekretär des Völkerbunds hat von der litauischen Regierung eine für die Mitglieder des Völkerbunds bestimmte Mitteilung erhalten, die nach Meinung des diplomatischen Korrespondenten des Daily Telegraph wahrscheinlich die schärfste Note ist, die dem Völkerbundsrat jemals von einem Mitgliede zugegangen ist. In der Note beschwert sich Litauen darüber, daß polnische Truppen immer noch einen litauischen Gebietsstreifen besetzt hielten, obwohl Polen vom Völkerbundsrat aufgefordert sei, den Status quo wiederherzustellen. Litauen habe die sofortige Einberufung einer Untersuchungskommission verlangt. Der Vorsitzende dieser Kommission, Graf Tshi, sei in dessen der Auffassung gewesen, daß der Völkerbundsrat sich nicht mit den Einzelheiten zu befassen brauche. Der Korrespondent meint, die Notwendigkeit einer unparteiischen Untersuchung sei um so dringender, als die polnisch-litauischen Grenzen in dem strittigen Gebiet noch nicht festgelegt sei.

Eine Koalition gegen Tschangschin.

6. April 1926

Die Morgenblätter berichten aus London, daß nach einer Meldung der Chicago Tribune aus Peking eine vollständige Veränderung in der militärischen Lage eingetreten sei. Nach authentischen Informationen sei eine Koalition gegen Tschangschin zustande gekommen. Die Gouverneure der Provinzen Schansi und Kiangsi hätten sich mit der Volksarmee und Wupeisu zusammengeschlossen. Man habe sich auf folgende Bedingungen geeinigt: Feng wird endgültig ausgeschaltet, Tiao-Kun wird wieder Präsident, aber nur, um sofort zurückzutreten, die Manting-Besatzung wird wieder hergestellt. Man nimmt an, daß Tschangschin sich nach der Mandchurei zurückziehen werde.

Neue Bombenwürfe auf Peking.

Nach Montag vorliegenden Blättermeldungen sind die Bombenwürfe auf Peking fortgesetzt worden. Wie der Star berichtet, ermächtigt das diplomatische Korps wegen dieser Vorgänge die Ueberreichung einer Protestnote. Die Nationalarmee hat vier Flugzeuge aus Kalgan beordert, um ihrerseits die Verfolgung der Flugzeuge der Verbündeten aufzunehmen. Am Montag sind wiederum 12 Bomben abgeworfen worden und zwar nahe dem Tempel für Landwirtschaft und dem Himmelstempel, wo sich eine große Anzahl von Menschen, die der Baumpflanz-Feierlichkeit beiwohnten, befand. Die abgeworfenen Bomben verursachten eine Panik unter der Menschenmenge; es kam jedoch niemand zu Schaden.

Angriff auf eine amerikanische Mission in China.

Wie aus Hongkong berichtet wird, hat in Wuhow die Menge das Gebäude der amerikanischen Mission angegriffen. Die amerikanische Flagge wurde niedergeholt und mit Füßen getreten. Das Personal konnte mit Not der wütenden Menge entfliehen und sich an Bord eines amerikanischen Kanonenbootes retten.

Die Ordnung in Kalkutta wieder hergestellt.

London, 6. April. In Kalkutta wurden bei Unruhen 45 Personen getötet, 500 schwer verletzt und 300 verhaftet. Die am Montag in einigen Blättern verbreitete Nachricht, daß in Kalkutta der Belagerungszustand verhängt worden sei, ist unrichtig. Nach einem Reuters Telegramm aus Kalkutta erwartet man die Wiederaufnahme des normalen Lebens mit Beendigung der Feiertage.

Französisch-englische Gegenstände über das Programm der Entwaffnungskonferenz.

London, 6. April. Wie der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph meldet, hatte Briand nach seiner Unterredung mit von Hösch eine weitere Besprechung mit dem englischen Botschafter. Der Korrespondent sagt,

daß diese Unterredung sich weniger mit den vorher erwähnten Briand und dem deutschen Botschafter berührten Fragen beschäftigt habe, als vielmehr mit dem Programm der Entwaffnungskonferenz, die am 18. Mai zuammentreten soll. Bisher hätten Lord Cecil und Paul Boncour, die Hauptdelegierten bei der Abrüstungskonferenz keinerlei Uebereinstimmung in den Hauptfragen des Programms herstellen können. Es wäre unwahrscheinlich, daß der von Lord Cecil im englischen Kabinett eingereichte Bericht und der Sachverständigenausschuß eine Annäherung des Standpunktes beider Länder bringen werden. In diesem Zusammenhang müßten auch die Vorschläge beachtet werden, die die amerikanischen Botschafter Houghton und Gibson wahrscheinlich nach Europa bringen würden.

Der Weltlauf um den russischen Markt.

Einige Wochen sind bereits verstrichen, seit bekannt wurde, daß das Reich und die Länder bereit seien, für Lieferungen nach Rußland in Höhe von 300 Millionen Mark eine sogenannte „Ausfallgarantie“ zu übernehmen. Im Einzelnen sollten die deutschen Lieferanten 40% des Risikos selbst übernehmen; für weitere 35% wolle dann das Reich und für die letzten 25% das betreffende Land, in welchem die exportierende Firma ihren Sitz hat, die Garantie übernehmen. Diese Garantie bedeutet noch lange nicht den Kredit selbst. Da nur die wichtigsten deutschen Unternehmungen in der Lage sind, den Export nach Rußland aus eigenen Mitteln zu finanzieren, wartete man auf die Banken. Es verläutet, daß die Verhandlungen zwischen den Vertretern der russischen Sowjetregierung und den deutschen Großbanken nicht recht voran kommen. Von sowjetrussischer Seite und auch von gewissen deutschen Interessenten wird darüber geklagt, daß die deutschen Großbanken ihre Forderungen überspannten. Für die Finanzierung des Geschäftes nach Rußland sei ein Satz von 2% über Reichsbankdiskont (also 9%) zuzüglich 1% Provision viel zu hoch. Aus Kreisen der deutschen Großbanken weiß man darauhin, daß kein Grund vorliege, der russischen Handelsvertretung ebenso billig Kredit zu gewähren wie deutschen Kapitalgebern. Heute müßten deutsche Kreditnehmer für täglich kündbares Geld 10,4% im Jahre geben; das Kreditangebot der Banken an die Sowjetregierung sei also nur um 0,35% teurer, obwohl der Kredit für 4 Jahre gegeben werden solle. Die Sowjetregierung lasse die kleinen Exportinteressenten gegen die Banken aufzuwiegen, um dadurch für sich günstigere Kreditbedingungen zu erzielen. Dem gegenüber müsse die deutsche Wirtschaft die Nerden behalten; die Russen würden schließlich doch nachgeben müssen.

In deutschen Exporteur-Kreisen herrscht noch immer die Sorge, sie könnten bei der Verteilung des russischen Marktes durch rasch entschlossene Kaufleute anderer Länder ins Hintertreffen gedrängt werden. Diese Sorge ist nur zum geringen Teil berechtigt. Nach übereinstimmendem Urteil vieler guter Kenner des russischen Reiches ist der Wirtschaftsapparat des gewaltigen Landes sehr stark heruntergewirtschaftet. Die Sowjetregierung hat trotz einer im allgemeinen günstigen Getreideernte im vergangenen Jahre die notwendigen Mengen für den nach Lage der Dinge vollwirtschaftlich möglichen Export nicht aufzutreiben vermocht. Dazu kam noch, daß der Bauer für inländische Industriezweige — infolge des rückständigen und daher sehr teuer arbeitenden Produktionsapparates — unerschwinglich hohe Preise zahlen muß. Die Sowjetregierung hat es daher als eine ihrer wichtigsten Aufgaben erkannt, den Produktionsapparat der Industrie nach den neuesten technischen Errungenschaften zu modernisieren. Die Durchführung dieses Programms läßt sich nicht nach Belieben verzögern. Darum haben die Vertreter der deutschen Banken Recht, wenn sie sich nicht zu übereilten Zugeständnissen verleiten lassen. Allerdings sollten sie allgemein genau prüfen, ob sich die gegenwärtigen hohen Sätze für Leihgeld nicht doch ermäßigen lassen. Jedenfalls sollte ein Abbau der Banklasten in erster Linie der inländischen Wirtschaft und nicht einem fremden Lande zugute kommen, das im Grunde doch nur darauf sinnt, uns das gleiche wirtschaftliche Elend zu bescheren, das in seinen eigenen Grenzen herrscht.

Die Neuregelung der Umsatzsteuer.

Aufhebung der Hersteller- und Kleinhandelssteuer.

6. April 1926.

Durch das Gesetz über Steuererminderungen zur Erleichterung der Wirtschaftslage vom 31. März 1926 ist der Satz der allgemeinen Umsatzsteuer für die Umsätze vom 1. April 1926 an von eins vom Hundert auf 7/10 vom Tausend ermäßigt und die Hersteller- und Kleinhandelssteuer aufgehoben worden. Darüber, ob ein Umsatz vor oder nach dem 1. April 1926 liegt, entscheidet nach den in Kürze ergehenden Uebergangsbestimmungen bei der Besteuerung nach den vereinnahmten Entgelten (Steinnahme) der Zeitpunkt der Vereinnahmung, bei der Besteuerung nach den Leistungen und Lieferungen, (Sollentnahmen) der Zeitpunkt der bewirkten Leistungen. Die Steuerpflichtigen, die zu monatlichen Vorauszahlungen der allgemeinen Umsatzsteuer verpflichtet sind, haben daher erstmals im Mai 1926 für die Umsätze im April, die Steuerpflichtigen, die zu vierteljährlichen Vorauszahlungen der allgemeinen Umsatzsteuer verpflichtet sind, erstmals im Juli 1926 für die Umsätze vom April bis Juni 1926 die Umsatzsteuer in Höhe von 7/10 vom Tausend zu entrichten. Dagegen haben sowohl die Monats- als auch die Vierteljahrszahler bei der Vorauszahlung der allgemeinen Umsatzsteuer im April 1926, die sich auf die Umsätze vor dem 1. April 1926 bezieht, noch ein 9/10 vom Hundert zu zahlen. Soweit Hersteller- und Kleinhandelssteuerpflichtige nach vereinnahmten Entgelten versteuert, haben sie für alle vor dem 1. April 1926 ausgeführten Lieferungen und nur für diese noch 7/10 vom Hundert zu zahlen.